

An die Medien

Lausanne, 3. November 2017

Gesamtschau zur Agrarpolitik:

Die Bäuerinnen und Bauerngewerkschaft Uniterre sowie die Allianz für Ernährungssouveränität hat die Äusserungen des Bundesrates Johann Schneider-Ammann von 1. November zur Agrarpolitik 22+ mit grösster Besorgnis verfolgt. Während der Kampagne zur Ernährungssicherheit haben wir vorausgesagt, dass ein Risiko zunehmender Freihandelsabkommen besteht. Das hat sich nun bestätigt. Es ist daher umso wichtiger sich für die Ernährungssouveränität zu engagieren, die sich für einen gerechten Markt, mit Respekt unter den Akteuren sowie eine faire Verteilung der Wertschöpfung einsetzt.

Die ewiggestrige Litanei des Bundesrates von Grenzöffnung, Wettbewerb und Innovationskraft hat dazu geführt, dass täglich 2 -3 Betriebe ihre Tore schliessen, die Produzentenpreise in den letzten 30 Jahren um 30% abgenommen haben und in der Schweiz nur 7% des Einkommens für Lebensmittel ausgegeben werden. Diese Entwicklung befeuert die immense Marktkonzentration in den Händen von wenigen nationalen und globalen Konzernen. Diese befördern mit ihrer Marktmacht die Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft mit den bekannten Folgen von Industrialisierung, Ressourcenverschleiss, Klimawandel, Verlust der Vielfalt und Biodiversität (siehe Weltagrarbericht 2008).

Die widersprüchlichen Äusserungen des Bundesrates helfen weder den Bäuerinnen und Bauern, sondern dienen der Bekämpfung dieser. Die gleichzeitige Marktöffnung soll via zusätzliche Mittel abgefedert werden. Dies zwingt die Bäuerinnen und Bauern in noch grössere Abhängigkeit des Staates und steht im Widerspruch zu dem vom Bundesrat geforderten Unternehmertum. Unsinn wird auch bei stetiger Wiederholung nicht besser! Wir fordern, dass die Landwirtschaft konsequent von den Freihandelsabkommen ausgenommen wird. Pierre-André Tombez, Präsident der Allianz für Ernährungssouveränität meint dazu: «Wir gehören weltweit zu einer Handvoll Länder die am meisten Lebensmittel importieren. Die Ausgestaltung von einem lokalen sowie international fairen Markt, wie sie unsere Initiative für Ernährungssouveränität vorschlägt, ist die Lösung um Freihandelsabkommen zu stoppen.»

Die Verteidigung der vielfältigen bäuerlichen Landwirtschaft und eines wirksamen Grenzschatzes, sowie die Demokratisierung der Ernährungssysteme, sind unabdingbar für den Erhalt der Landwirtschaft und eine gesunde Ernährung. Ulrike Minkner, Bio-Bäuerin und Vizepräsidentin der Allianz für Ernährungssouveränität hält fest: «Unsere Vision einer Landwirtschaft, die sozial gerecht und ökologisch nachhaltige Lebensmittel erzeugt, findet Widerhall in unserer täglichen Praxis als Bäuerinnen und Bauern sowie in der Initiative für Ernährungssouveränität.»

Die Allianz für Ernährungssouveränität wurde im September 2016 gegründet und ist Trägerin der Initiative für Ernährungssouveränität. Unter ihrem Dach versammeln sich rund 250 Einzelpersonen und Organisationen aus landwirtschaftlichen, kirchlichen und sozialen Bewegungen. Die Vorlage kommt voraussichtlich im Herbst 2018 zur Abstimmung.

Medienkontakt:

Pierre-André Tombez, Präsident Allianz für Ernährungssouveränität, 079 634 54 87 (f/d)
Ulrike Minkner, Vize-Präsidentin Allianz für Ernährungssouveränität, 032 941 29 34 (d/f)
Charles-Bernard Bolay, Präsident Uniterre, 079 409 14 42 (f)